



MPIfG Discussion Paper 18/8

Unsichere Zukünfte und die Entstehung von Kooperation
Wie Erwartungen kollektives Handeln ermöglichen

Timur Ergen and Martin Seeliger



Timur Ergen und Martin Seeliger

Unsichere Zukünfte und die Entstehung von Kooperation: Wie Erwartungen kollektives Handeln ermöglichen

MPIfG Discussion Paper 18/8

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
August 2018

MPIfG Discussion Paper
ISSN 0944-2073 (Print)
ISSN 1864-4325 (Internet)

© 2018 by the author(s)

About the authors

Timur Ergen is a research fellow at the Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne.
Email: te@mpifg.de

Martin Seeliger is a researcher at the Europa-Universität Flensburg.
Email: Martin.Seeliger@uni-flensburg.de

MPIfG Discussion Papers are refereed scholarly papers of the kind that are publishable in a peer-reviewed disciplinary journal. Their objective is to contribute to the cumulative improvement of theoretical knowledge. The papers can be ordered from the institute for a small fee (hard copies) or downloaded free of charge (PDF).

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Discussion Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

The paper develops a sociological approach for understanding the role of expectations in collective action. It argues that an approach based on expectations is better suited to explain collective action in episodes of social change than existing sociological theories. Two case studies – one on the European trade union movement and one on technological innovation in the US energy sector – illustrate the usefulness of the conceptual arguments.

Keywords: collective action, cooperation, expectations, innovation, labor unions, social change, social movements, uncertainty

Zusammenfassung

Der Artikel entwickelt einen soziologischen Ansatz zum Verständnis der Rolle von Zukunftserwartungen im kollektiven Handeln. Er argumentiert, dass ein erwartungsbasierter soziologischer Ansatz Vorteile gegenüber etablierten sozialwissenschaftlichen Theorien in der Erklärung kollektiven Handelns in Episoden sozialen Wandels hat. Die Nützlichkeit der vorgestellten theoretischen Argumente illustrieren Fallstudien zur europäischen Gewerkschaftsbewegung und zu technologischen Innovationen im amerikanischen Energiesektor.

Schlagwörter: Erwartungen, Gewerkschaften, Innovation, Kooperation, kollektives Handeln, sozialer Wandel, soziale Bewegungen, Ungewissheit

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Die Zukunft in Theorien der Kooperation	3
	Die Zukunft in ökonomischen Theorien der Kooperation	4
	Eckpunkte eines soziologischen Blicks auf die Rolle der Zukunft in Kooperationsgefügen	7
3	Die soziale Konstruktion von Erwartungen in zwei Fällen gelungener Kooperation	12
	Fallstudie I: Fernziel „Soziales Europa“ – Tarifpolitische Mobilisierung in der erweiterten EU	12
	Fallstudie II: Zusammenarbeit und die Vision grünen Wachstums in der amerikanischen Energiepolitik	17
4	Schluss	24
	Literatur	25

Unsichere Zukünfte und die Entstehung von Kooperation: Wie Erwartungen kollektives Handeln ermöglichen

1 Einleitung

Was ermöglicht Kooperation unter widrigen Bedingungen? Beinahe alle klassischen Antworten auf diese Frage in der Soziologie sowie in den Politischen Wissenschaften verstehen robuste Kooperationsstrukturen als Sedimente der Vergangenheit. Während erstere ihren Fokus auf den Einfluss von geteilten Erfahrungen und Normen, relationalen Strukturen und Werten legt, erklären letztere Kooperation mit Bezug auf Machtressourcen und institutionelle Arrangements. Demgegenüber nimmt die am Rationalmodell sozialen Handelns orientierte Ökonomik eine konträre Perspektive auf Kooperation ein. Eigeninteressierte Akteure machen Kooperation hier vom antizipierten Nutzen kooperativen Verhaltens und damit von der Zukunft abhängig.

Wir argumentieren, dass diese Ansätze eine Klasse von Fällen geglückter Kooperation unerklärt lassen – nämlich solche, in denen Akteure kooperieren, obwohl sie weder auf situationsspezifische Bestände von Beziehungen, Erfahrungen, Machtressourcen, Institutionen, Normen oder Werten zurückgreifen können, noch den Grad an überlappenden Interessen erreichen, der für eine spontane zukunftsorientierte Übereinkunft nötig wäre. Beispiele finden sich zuhauf in Episoden gesellschaftlichen Umbruchs und sozialen Wandels, etwa in der klassen- und gruppenübergreifenden Kooperation in sozialen Revolutionen (Sewell 1985), in Zusammenschlüssen widerstreitender Interessengruppen in politischen Reformprozessen (Pierson 2004) und in der Genese sozialer Bewegungen aus fragmentierten und unorganisierten Problemwahrnehmungen (Tilly 1998). Auf Basis von sozial konstruierten Vorstellungen über zukünftige Entwicklungen überbrücken Akteure hier widerstreitende Interessen, ohne dabei auf situationsspezifische soziale Strukturen zurückgreifen zu können (Beckert 2016; Emirbayer und Mische 1998).

Wir argumentieren, dass die Zukunftsorientierung in der Erklärung von Kooperation, wie sie sich in der Ökonomik findet, auch in der Soziologie und in den Politischen Wissenschaften fruchtbar gemacht werden kann. Allerdings genügt es häufig nicht, „die Zukunft“ als individuell rational kalkulierten Möglichkeitshorizont zu verstehen. Vorstellungen über zukünftige Entwicklungen sind einerseits Resultate sozialer Aushandlungsprozesse und Konflikte und andererseits aufgrund fundamentaler Unsicherheit im Handlungsverlauf nicht objektiv rational vorwegzunehmen. Es bedarf daher eines konzeptuellen Ansatzes, der erhellt, wie Erwartungen intersubjektiv entstehen und ihre Wirkkraft entfalten. Die Grundlagen eines solchen Ansatzes arbeitet dieser Artikel aus.

Wir danken Jens Beckert, Sebastian Kohl, Patrick Schenk und Lisa Suckert für sehr hilfreiche Hinweise und Kritik sowie Annika Squarra und Thomas Pott für Unterstützung bei der Überarbeitung des Manuskripts. Für alle verbliebenen Fehler sind wir verantwortlich.

Wir verdeutlichen unser konzeptuelles Argument durch zwei Fallstudien kollektiven Handelns in der Wirtschaft. Unsere Fallauswahl folgt drei Überlegungen. Erstens sind gerade in der Wirtschaft Situationen omnipräsent, in denen weder etablierte Kooperationsstrukturen noch Positivsummenspiele mögliche Verteilungskonflikte dauerhaft und flächendeckend verhindern, geschweige denn lösen. In modernen kapitalistischen Gesellschaften ist nichtkooperatives Verhalten gerade in der Wirtschaft zumeist legitim, wenn es nicht gar, wie etwa durch das Wettbewerbsrecht oder interne Arbeitsmärkte, gesellschaftlich eingefordert wird. Dass sich Akteure unter diesen Bedingungen auf die koordinierte Verfolgung gemeinsamer Ziele einigen können, hängt oftmals von kreativen Anpassungsleistungen ab, im Rahmen derer sie Interessengegensätze durch Vorstellungen zukünftiger Ereignisse überwinden. Mit der Regulierung des Arbeitsmarkts und einem Innovationsprozess widmen sich die Fallstudien zweitens zwei zentralen Bestimmungsmomenten kapitalistischer Wirtschaftssysteme (Hall und Soskice 2001). Unser Artikel leistet damit einen Beitrag zur soziologischen Erklärung kapitalistischer Dynamik, die über die Untersuchung der institutionellen Determinanten wirtschaftlichen Handelns hinausgeht (Beckert 2016; Herrigel 2005). Drittens stellen die beiden Fälle zwei in der Literatur selten sauber unterschiedene Spielarten kollektiven Handelns dar. Wir untersuchen einerseits einen Fall *unterlassenen* nichtkooperativen Handelns und damit eine Situation, die insbesondere in der Spieltheorie und der Mikroökonomik im Zentrum des Interesses steht. Andererseits präsentieren wir einen Fall gemeinsamer institutionenbildender Zusammenarbeit und damit einen Typus kollektiven Handelns, der in erster Linie in der politischen Soziologie und in Studien zu sozialen Bewegungen analysiert wird.

Eine erste Fallstudie zeigt anhand der Auseinandersetzung europäischer Gewerkschaften um die europäische Dienstleistungsrichtlinie, wie potenzielle Wettbewerber ihre Konkurrenz auf Basis von Vorstellungen zukünftiger Gefährdungen und Chancen partiell aussetzten. Während wachsende internationale Lohnspreizung vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung für die osteuropäischen Beschäftigten Anreize zur Unterbietungskonkurrenz mit sich brachte, gelang es westeuropäischen Gewerkschaften durch das Zukunftsversprechen eines europäischen Sozialmodells mit gleichen Beschäftigungsstandards im gemeinsamen Markt einen Unterbietungswetlauf zu vermeiden. Ein zweiter Fall zeigt, dass Versprechen der Segnungen von Umwelttechnologien im Energiesektor konkurrierende gesellschaftliche Akteure zur Zusammenarbeit bewegen konnten. Während insbesondere in den frühen 1970er-Jahren noch die Vorstellung einflussreich war, nach der industrielle Entwicklung und Wirtschaftswachstum in einem fundamentalen Zielkonflikt mit Umweltschutzziele standen, entwickelten Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik im Energiesektor seit den späten 1970er-Jahren inkrementell Szenarien grünen Wachstums, auf deren Basis sie gemeinsam für die Entwicklung von Umwelttechnologien eintreten konnten.

Der folgende Abschnitt stellt unser konzeptuelles Argument anhand soziologischer und ökonomischer Theorien der Kooperation vor. Darauf aufbauend diskutieren wir im Anschluss unsere empirischen Fallstudien. Im folgenden Fazit besprechen wir zentrale Forschungsfragen einer zukunftsorientierten Soziologie kollektiven Handelns.

2 Die Zukunft in Theorien der Kooperation

Mit wenigen Ausnahmen haben weder Soziologie noch die Politischen Wissenschaften distinkte Theorien der Erwartungsbildung und des Zukunftsbezugs im sozialen Handeln entwickelt (Beckert 2016). Ganz im Gegenteil: Oft dienen Beschreibungen sozialer Prozesse, die ihren Fokus auf die Zukunftsorientierung und die Absichten von Akteuren legen, hier als Paradebeispiele für kontextvergessene Erklärungsmodelle. Das geht einerseits darauf zurück, dass sich insbesondere in makroökonomischen Modellen seit den 1970er-Jahren überraschend heroische Annahmen zu den Antizipationsleistungen von Wirtschaftssubjekten durchgesetzt haben. Andererseits war die Behauptung der Vorrangigkeit von sozialen Strukturen und Institutionen vor dem zukunftsgerichteten Handeln ein Stück weit disziplinär identitätsstiftend für Soziologie und Politikwissenschaft.

Ein gutes Beispiel für diesen letzteren Prozess ist Émile Durkheims Auseinandersetzung mit dem Werk Spencers. In Opposition zu Spencers auch gegenwärtig recht prominentem Theorem, die Existenz von „Gesellschaft“ setze Kooperation voraus, verdrehte Durkheim historisch wie theoretisch das Wirkgefüge; Kooperation, etwa im Vertrag, setze „Gesellschaft“ voraus. In diesem Sinn bemerkt Durkheim in den spärlichen Ausführungen zur Normgenese in seiner *Arbeitsteilung*: „Die Vergangenheit legt die Zukunft fest“ (Durkheim [1896] 1992, 435). Ähnliche analytische Weichenstellungen finden sich in Werken zur Kooperation ermöglichenden Rolle von Sozialisationsprozessen (Piaget 1955), von Normen und Werten (Parsons 1968), von kognitiven Skripten (DiMaggio und Powell 1983), von Netzwerken (Uzzi 1997), von Vertrauen (Zucker 1986) sowie von formalen Institutionen (Streeck 1988).

Bei den Klassikern der institutionalistischen Politikwissenschaft finden sich verwandte Abgrenzungen zu zukunftsorientierten Handlungsmodellen. In seiner klassischen Studie zur Nationenbildung etwa erinnert Bendix ([1964] 1996, 19) an Max Webers Unterscheidung zwischen „social relations (such as the supply-and-demand relations on a market) that are maintained by the reciprocity of expectations“ und solchen, die „through orientation toward an exercise of authority“ zusammengehalten würden. Letztere sind Gegenstand seiner historisch-komparativen Untersuchungen der Genese nationaler politischer Gemeinschaften. Etliche klassische politikwissenschaftliche Studien betrachten Episoden gewaltiger gesellschaftlicher Umbrüche, etwa die sozialen Revolutionen des frühen zwanzigsten Jahrhunderts, und erklären die jeweiligen Muster gesellschaftlichen Wandels mit lange zurückliegenden strukturellen Weichenstellungen, beispielsweise der Struktur von Stadt-Land-Beziehungen, der Zentralisierung politischer Herrschaft oder Industrialisierungsprozessen im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert (Moore [1966] 1993; Skocpol 1979). Ausgerechnet in der Analyse von Fällen sozialen Wandels, die nicht radikaler sein könnten, in denen teilweise ganze Gesellschaftsmodelle umgeworfen wurden, finden sich sehr wenige Ausführungen zur Entstehung, Durchsetzung, Verbreitung und Evolution von Zukunftsvorstellungen zugunsten unzähliger historischer Details gesellschaftlicher Entwicklung in den jeweils vorangegangenen Jahrhunderten. In diesem Sinn sprach John Ikenberry (1994) von „history’s

heavy hand“ – der disziplineldefinierenden Grundannahme institutionalistischer Sozialwissenschaft, dass Interessen, Koalitionen und das politische Handeln in der Regel in den „Schienen“ historisch gewachsener Institutionengefüge geformt werden und die Analyse genau dieser „Schienen“ den Kern genetischer Erklärungen ausmachen soll.

Eine Nebenfolge des oftmals schlicht analytisch begründeten Fokus auf die Überformung sozialen Handelns durch die Vergangenheit ist, dass es verhältnismäßig wenige Versuche gibt, genuin soziologische und politikwissenschaftliche Ansätze zum Verständnis zukunftsorientierten Handelns zu entwickeln. Stattdessen dominieren ökonomische Modelle des zukunftsgerichteten Handelns die konzeptuellen Werkzeugkästen in Soziologie und Politikwissenschaft. Dies gilt insbesondere für Ansätze zum Verständnis von Kooperation. Existierende Ansätze zum soziologischen Verständnis des zukunftsgerichteten Handelns haben beinahe durchweg das individuelle Handeln sowie Probleme der Koordination fokussiert, statt Prozesse kollektiven Handelns zu untersuchen. Zur Entwicklung eines soziologischen Ansatzes zum Verständnis zukunftsgerichteter Kooperation gehen wir in zwei Schritten vor. Wir rekonstruieren in einem ersten Schritt die Grundanlagen neuerer ökonomischer Theorien der Kooperation, um Stärken, Schwächen und Leerstellen dieser Ansätze zu bestimmen. In einem zweiten Schritt diskutieren wir die wenigen existierenden alternativen zukunftsorientierten Erklärungen von Kooperation in Soziologie und Politikwissenschaft, um die Eckpunkte für einen analytischen Rahmen zum Verständnis zukunftsorientierter Kooperation abzustecken.

Die Zukunft in ökonomischen Theorien der Kooperation

Im Unterschied zu Soziologie und Politikwissenschaft hat die moderne Ökonomik Kooperation beinahe ausschließlich mit dem zukunftsgerichteten Handeln erklärt. Der ideengeschichtlich einflussreichste Gegenstand ökonomischer Kooperationstheorien ist der vorteilsorientierte freiwillige Markttausch. Ohne Berücksichtigung ihrer Geschichte, ihres Hintergrunds und sozialer Strukturen im Allgemeinen treffen Individuen im freien Gütertausch mit dem Ziel individueller Besserstellung zusammen. Für viele bahnbrechende Theoretiker der Kooperation in liberalen Marktgesellschaften war dieser Fokus historisch begründet, Teil einer Art Modernisierungstheorie. Spencer ([1882] 2003, 512) sprach von der gesellschaftlichen Entwicklung „from involuntary to voluntary cooperation“. Wie Albert Hirschman ([1977] 1997) herausgearbeitet hat, basierten Beschreibungen zwangloser Marktordnungen bei frühen Ökonomen häufig auf der Überzeugung, dass sich in Marktgesellschaften ehrliche, verlässliche und „ehrbare“ Individuen herausbilden würden, die des Zwangs zur Zusammenarbeit und der traditionellen Einhegung ihres Eigennutzens nicht mehr bedürfen.

Insbesondere in neueren mikroökonomischen Kooperationsmodellen und ihren sozialwissenschaftlichen Ablegern ist diese Annahme aufgegeben worden.¹ Stattdessen müssen Individuen, in den Worten Oliver Williamsons (1981), mit der „List“ ihrer Kooperationspartner rechnen, was freiwillige Kooperation zum gegenseitigen Vorteil erschwert. Diese Annahme hat jedoch in der Ökonomik *nicht* zur Wiederentdeckung sozialer Strukturen und der Geschichte von Interaktionszusammenhängen geführt, sondern zu einer Fülle an theoretischen Ideen, wie sich die Kalküle zur Kooperation von Individuen auf Dauer stellen lassen. Einflussreiche Varianten solcher Ideen (wie ökonomische Begriffe von Vertrauen, Belohnungs- und Strafsystemen und Reputations- und Reziprozitätsverkettungen) haben gemeinsam, dass sie erklären, wie Kooperation zu einer Handlungsstrategie werden kann, wenn die vorauszusehenden zukünftigen Konsequenzen den beteiligten Individuen mehr nutzen als schaden.

So definieren ökonomische Theorien beispielsweise Vertrauen als beziehungspezifische Verlässlichkeitserwartung: „When we say we trust someone ..., we implicitly mean that the probability that he will perform an action that is beneficial ... to us is high enough for us to consider engaging in some form of cooperation with him“ (siehe auch Coleman 1990; Gambetta 1988, 217). Ähnlich stark auf Handlungskonsequenzen ausgerichtet verfährt die Transaktionskostenökonomik, wenn sie etwa die vertikale Integration als rationale Reaktion auf „unvollständige“ Verträge erklärt oder Wege beschreibt, wie Akteure durch beziehungspezifische Vorleistungen die Erwartungen ihrer Tauschpartner an nichtkooperatives Verhalten senken können (Williamson 1981). Das gegenwärtig wohl einflussreichste Modell rationaler Kooperation, das von Robert Axelrod popularisiert wurde, verweist auch begrifflich auf seinen Zukunftsbezug. Wenn Akteure zwar einerseits von Kooperation profitieren können, andererseits aber erwarten müssen, dass ihre Gegenüber sie hintergehen, können Erwartungen, dass man in der Zukunft erneut aufeinander angewiesen ist, erklären, wie robuste Kooperation entsteht (Axelrod und Hamilton 1981). Axelrod hat diese Bedingungen stabiler Kooperationsbeziehungen den „shadow of the future“ genannt:

What makes it possible for cooperation to emerge is the fact that the players might meet again. This possibility means that the choices made today not only determine the outcome of this move, but can also influence the later choices of the players. The future can therefore cast a shadow back upon the present and thereby affect the current strategic situation. (ebd., 12)

Je eher Akteure erwarten, in der Zukunft erneut aufeinanderzutreffen, desto eher werden sie zur Kooperation neigen.² Neben Anwendungen in der internationalen Politik

1 Systematisch betrachtet sind soziologische und politikwissenschaftliche Theorien rationalen Handelns sicher nicht völlig deckungsgleich mit der modernen Mikroökonomik. Was Theorien der Kooperation angeht, lassen sie sich allerdings produktiv als ein Typus von Erklärungen begreifen.

2 Eine der Schwächen von Kooperationsmodellen, die auf dem Schatten der Zukunft aufbauen, war, dass sie Kooperation nur so lange formal erklären konnten, wie sie davon ausgingen, dass Akteure erwarten, in der Zukunft erneut aufeinanderzutreffen. Wäre dem nicht so, würde ihre Zusammenarbeit rationalerweise in Erwartung des zukünftigen Zusammenbruchs gar nicht

hatte Axelrod auch soziale Prozesse in Märkten als Anwendungsfeld für seine Kooperationstheorie im Auge. Insbesondere die Stabilität von Kartellen und die implizite Kollusion galten ihm als Beispiele für Prozesse, in denen das geteilte Wissen zukünftigen Aufeinandertreffens unter Marktakteuren Kooperation ermöglichen könne (ebd., 180–81). Kollusion, so seine These, sollte wesentlich häufiger stabil sein als gemeinhin angenommen, wenn kooperatives Verhalten lediglich der Erwartung zukünftigen Aufeinandertreffens bedarf: „Cooperation certainly does not require formal agreements or even face-to-face negotiations“ (ebd., 180).

Die weiteren Entwicklungen und Verästelungen ökonomischer Theorien rationaler Kooperation sind für unser Argument wenig relevant. Vielmehr meinen wir, dass sie in ihren Grundanlagen zwei systematische Leerstellen lassen. Implizit basieren ökonomische Theorien der Kooperation *erstens* auf einem Modell rationaler Erwartungen: Je nach ihren individuellen Fähigkeiten und Aufwandserwägungen schätzen Akteure individuell rational, wie sich die Zukunft entwickeln könnte. Diese Grundanlage lässt außer Acht, dass Erwartungen systematisch gesellschaftlich überformt sind und sich in Interaktionsprozessen stabilisieren und wandeln. Dies ist vor allem deshalb bedeutend, weil nur auf dieser Basis verständlich wird, wie sich Kooperationsmuster ohne wesentliche Änderungen in materiellen Randbedingungen ändern können. Wie wir in unseren Fallstudien vorführen, entwickeln sich Erwartungen über zukünftige Kooperation in einer Art wechselseitigem Bedingungsgefüge mit den Identitäten und Rollen von Akteuren und mit sozialen Prozessen.

Damit einher geht *zweitens*, dass ökonomische Theorien der Kooperation zentrale Konflikte in der Entstehung von Kooperation außer Acht lassen. Unter welchen Bedingungen welche Akteure wann kooperieren, wird in ökonomischen Theorien strukturell hergeleitet – auf Basis der vorhergehenden Verteilung von Ressourcen, der jeweiligen Situation, der Akteurskonstellation und der bestehenden Ziele der beteiligten Akteure. Sind Erwartungen allerdings keine objektiv korrekten „priors“ von Kooperationszusammenhängen, sondern sozial konstruiert, hat ihre Beeinflussung Auswirkungen darauf, welche Akteure auf welche Art zusammenarbeiten. Damit haben Erwartungen Verteilungswirkungen und sind Gegenstand von Konflikten. Konflikte um „richtige“ und „legitime“ Erwartungen lassen sich in allen gesellschaftlichen Feldern beobachten. In unseren Fallstudien führen wir vor, wie Akteure mit der Beeinflussung von Erwartungen politisch-ökonomische Koalitionen zu verschieben versuchen und wie eben diese Koalitionen auf vorherrschende Erwartungen zurückwirken.

erst zustande kommen (Axelrod und Hamilton 1981, 174). Es existiert eine schier unüberblickbare Menge an Arbeiten, die die Annahmen von Modellen der Kooperation in wiederholten Spielen so zu verändern versuchen, dass Kooperation auch ohne einen unendlichen Horizont des erneuten Aufeinandertreffens zustande kommt, etwa durch Reputationseffekte oder Unsicherheit (siehe unter vielen Kreps et al. 1982; Raub 1990).

Eckpunkte eines soziologischen Blicks auf die Rolle der Zukunft in Kooperationsgefügen

Wie bis hierhin argumentiert, haben ökonomische Theorien der Kooperation gegenüber den institutionalistischen Sozialwissenschaften einen klaren Vorteil: Sie bieten Erklärungen für Kooperationsstrukturen an, in denen Akteure nicht auf gemeinsame soziale Strukturen zurückgreifen können. Zusammenarbeit fußt hierbei auf Erwartungen. Während diese im ökonomischen Kooperationsmodell jedoch an stabile Wesenszüge relativ homogener Akteure gebunden sind, komplementieren die drei im Folgenden vorgestellten Ansätze das hier verwendete Handlungsmodell durch die Berücksichtigung der interaktiven, machtgebundenen Aushandlung von Erwartungen und bieten so eine hinreichend komplexe Mikrofundierung des Phänomens sozialer Kooperation, um in Episoden sozialen Wandels zu greifen.

Unsere Darstellung ist selektiv. Es existieren wichtige soziologische Ansätze zum Verständnis der Entstehung von Erwartungen, die wir nicht diskutieren. Zu nennen sind hier insbesondere Pierre Bourdieus frühe Denkanstöße, Erwartungsbildung modernisierungstheoretisch und gesellschaftlich stratifiziert zu untersuchen (Bourdieu [1979] 2009), und Alfred Schütz' handlungstheoretische Arbeit zur Protension (Schütz [1932] 1960, 55–62). Das Kriterium für die Auswahl der von uns diskutierten Denkanstöße ist weniger ihre soziologische Tiefe und Breite als ihre Eigenschaft, an genau den Stellen Antworten zu entwickeln, an denen die gerade diskutierten ökonomischen Theorien zu kurz greifen. Neopragmatistische Theorien betonen den prozessualen Charakter kollektiven Handelns und bieten damit konzeptuelles Rüstzeug, um die Ko-Konstitution von Erwartungen, Identitäten, sozialen Gruppen, dem kollektiven Handeln und Handlungsergebnissen zu verstehen. Framing-Theorien argumentieren, dass Erwartungen wie alle kognitiven Schemata soziale Konstruktionen sind, die auf Koordinierungsprozessen basieren. Die neuere Literatur zu den *politics of expectations* zeigt, dass Erwartungen Gegenstände sozialer Konflikte und Ergebnisse von Macht- und Herrschaftsstrukturen sind.

Neopragmatistische Kooperationstheorien

Die gleichzeitige Kritik an institutionalistischen und rational-individualistischen Theorien sozialen Handelns ist in der neueren Soziologie in erster Linie durch den Neopragmatismus vorangetrieben worden (siehe zusammenfassend Joas 1996). Grundlegend argumentiert der soziologische Neopragmatismus für ein prozedurales Handlungsmodell. Ziele und Mittel sowie Aktivitäten selbst bedingen sich wechselseitig und sind prinzipiell im Prozess des Handelns wandelbar. Wie Joas in einer Auseinandersetzung mit der Theorie kollektiven Handelns Neil Smelers ausführt, sei

für die Dynamik nicht-institutionalisierten Handelns ... ein ... teleologisches Schema ... unangemessen. Hier sind die Situationsdefinitionen und die Normen, die aus dem Prozess hervorgehen, ja sogar die Zielsetzung des ganzen Prozesses und die Mittelwahl meist unklar und allen Beteiligten unbekannt; sie werden erst im Prozess selbst geklärt. (Joas 1996, 301)

Die Fruchtbarkeit eines solchen Verständnisses ist insbesondere in der empirischen Forschung zu sozialen Bewegungen demonstriert worden, einem Feld, in dem Akteure situationsbedingt nicht über spezifische handlungsleitende soziale Strukturen verbandelt sind (unter vielen Touraine 1985). Wie Josh Whitford verdeutlicht hat, lässt sich mit einem pragmatistischen Verständnis kollektiven Handelns nachvollziehen, weshalb Kooperation wesentlich häufiger zu beobachten ist als in der ökonomischen Theorie angenommen, aber auch wesentlich häufiger instabil ist, als institutionalistische Perspektiven implizieren. Einer Wendung Bernard Hindess' folgend argumentiert Whitford (2002, 325), dass die Überwindung des ökonomischen „portfolio model“ sozialen Handelns, „in which individuals carry a relatively stable and pre-existing set of beliefs and desires from context to context“, die Grundlage für eine Theorie kollektiven Handelns sein kann, die Entstehung und Zusammenbruch von Kooperation aus Interaktionsprozessen statt aus strukturellen Gegebenheiten heraus erklärt:

Rational choice explanations embed apparently isolated prisoner's dilemmas in larger games where players can induce partners to toe the line (for now) by threatening future returns, an explanation that ought to lead to far less cooperation than is empirically observed but that at least does not depend on murky and ill-defined „external forces.“ If we discard the very notion of the portfolio, we find answers to coordination problems in the actors' formation of common interests through mutual interaction rather than by fortuitous coincidence. (Whitford 2002, 353)

In der empirischen Forschung ist eine solche Theorieanlage fruchtbar gemacht worden, um Entstehung, Wandel und Zusammenbruch von Unternehmensnetzwerken und Governanceerfolge zwischen prinzipiell widerstrebenden Akteuren zu erklären, etwa in norditalienischen Industrieclustern (Piore und Sabel 1984), in der Automobilindustrie (Whitford und Zirpoli 2016) und in Japans Industriesektor (Sabel 1996). Die am häufigsten diskutierten Parameter des Handelns, die in dieser Forschung für das Gelingen kollektiven Handelns verantwortlich gemacht werden, sind kollektiv kongruent konstruierte Mittel und Ziele des Handelns. Neopragmatistische Theorien des Handelns lassen sich aber, wie wir in unseren folgenden Fallstudien vorführen, ebenso für die Entstehung und den Wandel von Erwartungen fruchtbar machen.

Theorien des Framings

In dezidiert Abgrenzung zu institutionalistischen Ansätzen und Theorien rationaler Wahl hat die politische Soziologie mit ihrer Adaption der Framing-Theorie ihre Aufmerksamkeit auf die kognitive Komponente von Mobilisierungsprozessen gerichtet (Snow et al. 1986). Mobilisierungsprozesse, etwa in der Genese sozialer Bewegungen, sind im Kern Kooperationsphänomene: Akteure orientieren ihr politisches Handeln aneinander und entwickeln gemeinsame Ziele. Als Frames werden dabei diejenigen Deutungsrahmen verstanden, auf deren Basis Akteure Situationen wahrnehmen und beurteilen. Die konzeptuellen Fragen der Forschung zum Framing richten sich auf die Darstellung und Interpretation von Problemstellungen als Voraussetzung kollektiven Handelns.

Für das Problem, wie *collective action frames* als sinnstiftende Deutungsrahmen konstruiert werden, sind, so Johnston und Noakes (2005, 7), zwei Fragen zentral, die über die tendenziell interaktionistischen Thesen neopragmatistischer Forschung hinausweisen: Ausgehend von der Annahme, dass die Etablierung von Deutungsrahmen Ziele absichtsvollen Handelns darstellen, lässt sich erstens die Frage formulieren, wer Deutungsrahmen aus welchen Gründen und mit welchen Mitteln zu etablieren versucht. Wird weiterhin vorausgesetzt, dass Frames ihre Bedeutung nicht im luftleeren Raum, sondern innerhalb eines facettenreichen kulturellen Zusammenhangs gewinnen (Gramsci [1975] 2012), stellt sich zweitens die Frage nach der symbolischen Konstruktion von Frames. Mit dem Konzept der *frame resonance* tragen Noakes und Johnston (2005, 11) dem Bezug zwischen dem jeweiligen Deutungsrahmen und der zu mobilisierenden Gruppe Rechnung: „A collective action frame is said to be resonant if potential constituents find its interpretation and expression of grievances compelling.“³ Damit bieten Framing-Theorien Anknüpfungspunkte an institutionalistische Theorien kollektiven Handelns, insofern die Bindungswirkung von Deutungsrahmen auf ihrer Überlappung mit kulturellen Strukturen fußt.⁴

Ein umfassender framing-theoretischer Ansatz setzt demnach mobilisierende Akteure, kulturelle Deutungsschemata und die Wirkung des jeweiligen Deutungsrahmens auf die Wahrnehmung seiner Adressaten in ein Verhältnis. Die Operationalisierung eines solchen Ansatzes im Hinblick auf einen politökonomischen Gegenstand leistet Ansell (1997, 359) am Beispiel der französischen Gewerkschaften, die Ende des neunzehnten Jahrhunderts zum Generalstreik mobilisierten. Indem sie sich um das Symbol des Generalstreiks organisierten, gelang es ihnen, konkurrierende politische Orientierungen zu überbrücken und eine einheitliche Position der Gewerkschaftsbewegung zu erarbeiten. Hieraus zieht Ansell (1997, 360) den Schluss, dass „organizing symbols create a shared interpretative framework that facilitates coordination, exchange, and ultimately commitment“.

Mit dem Konzept der *social skill* leisten Fligstein (2001) sowie Fligstein und MacAdam (2012) einen weiteren Beitrag zum Verständnis der Frame-Konstruktion. Als Teil ihrer Theoretisierung politischen Handelns verstehen Fligstein und MacAdam die Mobilisierung von Frames als einen interaktiven Prozess zur Gewährleistung politischer

3 Zentrale Theoreme der Literatur zum Framing erinnern an das „portfolio model“ des Handelns, dessen Kritik wir oben diskutiert haben. Unserer Ansicht nach wäre es ein großer Fehler, pragmatistische Handlungstheorien so zu verstehen, dass kognitive und soziale Strukturen nicht existent und relevant für das Handeln sind. Pragmatistische Theorien und Theorien des Framings haben gemeinsam, dass sie situative Wechselwirkungen zwischen kognitiven Strukturen und sozialen Prozessen sowie zwischen kognitiven Prozessen und sozialen Strukturen zu verstehen versuchen. Was diesen Punkt angeht, wäre der Unterschied zwischen den Theorien dann ein gradueller statt einer des Typs.

4 Eine ähnliche Grundanlage findet sich in soziologischen Modellen der Frame-Selektion, die internalisierte Reaktionsmuster auf symbolische Strukturen der Handlungssituation untersucht (Esser 2018).

Kooperation zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Interessen. In Abgrenzung zu Rational-Choice-Ansätzen handeln Akteure aus dieser Sicht niemals vollständig eigeninteressiert, sondern im Rahmen sozialer Gruppen (Fligstein und McAdam 2012, 50). *Social skill* – „the ability to induce cooperation by appealing to and helping to create shared meanings and collective identities“ (ebd., 46) – kann als eine Art Mikrofundierung von Theorien des Framings verstanden werden. Strategische Handlungssituationen zeichnen sich durch eine Mikropolitik aus, in der Akteure versuchen,

to frame „stories“ that help induce cooperation from people by appealing to their identity, belief, and interests, while at the same time using those same stories to frame actions against various opponents. (ebd., 50–51)

Indem „socially skilled actors“ ihren Gegenübern vermitteln, „that what they can get is what they want“ (ebd.: 51), resultiert die Entfaltung von Überzeugungskraft aus dem Formulieren von Diskussionsparametern: „If a skilled actor can get others to accept what the terms of discussion are, much of the battle has been won“ (ebd.). Fligstein (1990) hat situationsspezifische Bündel dieser Diskussionsparameter über sinnvolle und erfolgsträchtige Strategien Kontrollkonzepte genannt. Wie auch im Neopragmatismus besteht ein Großteil der symbolischen Konstrukte, die in Framing-Theorien als ursächlich für kollektives Handeln gesehen werden, nicht aus Erwartungen über die Zukunft. Gemäß ihrem empirischen Entstehungskontext in der Bewegungsforschung haben Autoren wesentliche Frames zumeist in gemeinsamen Identitätswürfen und politischen Problemwahrnehmungen verortet. Wie in den folgenden Abschnitten gezeigt wird, sind Überlegungen zum Framing unmittelbar für die Frage nach der kollektiven Konstruktion von Erwartungen fruchtbar.

Kollektives Handeln und die politics of expectations

Anders als die bisher skizzierten Ansätze hat Jens Beckert (2016) kürzlich dezidiert auf die Rolle von Erwartungen in der Entstehung von Kooperation und auf die intersubjektive Entstehung von Zukunftsvorstellungen hingewiesen. Ähnlich wie die vorgestellten Ansätze wählt auch er mit seiner Theorie fiktionaler Erwartungen einen Ausgangspunkt im amerikanischen Pragmatismus. Im Einklang mit dem Fokus auf die Prozessualität des Handelns und das kreative Problemlösen zeigt Beckert, wie Auseinandersetzungen über mögliche und wahrscheinliche zukünftige Entwicklungen handlungs- und interaktionsleitende Wirkungen entfalten können. Mit der besonderen Betonung temporaler Ordnungen für die Abstimmung sozialen Handelns wendet sich Beckert einem entwicklungsbedürftigen Feld soziologischer Theoriebildung zu. Aus Sicht einer Soziologie, deren Interesse sich nicht an strukturellen Gegebenheiten, sondern an deren praktischen Verarbeitung und Verwirklichung orientiert (Joas 1989), ist die Bedeutung der Zukunft von besonderem Interesse:

The ways in which people understand their own relationship to the past, future, and present make a difference to their actions; changing conceptions of agentic possibility in relation to structural contexts profoundly influence how actors in different periods and places see their worlds as more or less responsive to human imagination, purpose and effort.
(Emirbayer und Mische 1998, 973)

Eine Besonderheit von Erwartungen – etwa im Unterschied zu Handlungszielen und Handlungsmitteln – ist, dass Akteure in der Gegenwart nicht mit Sicherheit wissen können, wie sich die Zukunft darstellen wird. Die Erschließung der Zukunft leisten Akteure, so Beckert, indem sie „fiktionale Erwartungen“ etablieren. Als bildhafte Vorstellungen modellieren solche Erwartungen Kausalbeziehungen und Wahrscheinlichkeitsschätzungen zwischen dem Handeln, möglichen Wechselwirkungen und Ausgängen.

Da die Zukunft nicht objektiv gegeben, sondern Gegenstand kognitiver und sozialer Aushandlungen in der Gegenwart ist, betont Beckert den genuin politischen Charakter von Zukunftserwartungen:

Even if the future they represent is imaginary, expectations motivate real decisions that have distributional consequences and may thus become the object of interest struggles among actors in economic fields. (Beckert 2016, 11)

In der empirischen Forschung ist ein solches Verständnis der konflikthaften Aushandlung von Erwartungen insbesondere in der Technik- und Innovationssoziologie fruchtbar gemacht worden. Wie etwa Rip und van Lente am Beispiel der Membrantechnologie zeigen, haben Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft die Zukunft dieses technologischen Feldes zuerst kommunikativ stabilisiert, um Ressourcen für seine materiale Stabilisierung zu sichern (van Lente und Rip 1998). Analog hat Serafin (2018) kürzlich herausgearbeitet, wie imaginierte Zukünfte in der politischen Mobilisierung wirken. Am Beispiel des Widerstands polnischer Taxifahrer gegen den amerikanischen Fahrdienst Uber zeigt er, wie mit heterogenen Interessen resonante Erwartungen politischen Widerstand formieren und mobilisieren können. Aus dieser Perspektive auf Prozesse der Machtausübung als Beeinflussung von Erwartungen werden Berührungspunkte zu den anderen oben diskutierten Ansätzen sichtbar. So ist die Idee der Auseinandersetzung um Deutungsrahmen als Kernbestandteil politischer Prozesse im Konzept des Framings angelegt und im Konzept der *social skill*⁵ weiter ausgearbeitet worden. Das von uns verfolgte Forschungsdesiderat, Prozesse sozialer Kooperation mit Blick auf die Bedeutung von Zukunftserwartungen zu untersuchen, soll diesen Fokus weiter vertiefen.

5 Vor allem mit Blick auf die symbolisch-interaktionistische Fundierung des *Social-Skill*-Konzepts finden sich starke Parallelen zur Fokussierung auf die *politics of expectations*, die jedoch auf die Konstruktion imaginierter Zukünfte abhebt und damit den pragmatistischen Bezugsrahmen weiterentwickelt.

3 Die soziale Konstruktion von Erwartungen in zwei Fällen gelungener Kooperation

Wir berichten im Folgenden von den Ergebnissen zweier Fallstudien aus dem Bereich der Wirtschafts- und Organisationssoziologie. Auf Basis semistandardisierter Experteninterviews und Analysen von Archivmaterial wurden in beiden Fällen Verlaufsformen von Kooperation zwischen prinzipiell widerstrebenden Interessen untersucht. Während die Analyse der sozialen Konstitution von Erwartungen prinzipiell offen für eine Vielfalt methodischer Zugänge ist, arbeiten wir in beiden Fallstudien historisch-qualitativ. Einerseits können wir in der Einzelfallbetrachtung detailliertere Parallelen zu unseren relativ feinkörnigen handlungstheoretischen Ausführungen ziehen. Andererseits nutzt eine genauere Betrachtung der Ereignissequenz dem Nachweis, dass gewandelte Sinnstrukturen zu gewandelten Formen kollektiven Handelns geführt haben.

Während die Fallstudien aus sehr unterschiedlichen Bereichen und historisch-institutionellen Kontexten stammen – aus der europäischen Gewerkschaftsbewegung der letzten zwanzig Jahre und aus der Energietechnologiepolitik der USA in den 1970er- und 1980er-Jahren –, illustrieren sie strukturell ähnliche soziale Prozesse. In beiden Fällen führte die Auseinandersetzung um mögliche zukünftige Entwicklungen und die soziale Konstruktion von Zukunftsszenarien zur Zusammenarbeit zwischen im Konflikt stehenden Gruppen. Ferner decken unsere Fallstudien inhaltlich zwei zentrale Typen von sozialen Prozessen ab, die in der Forschung zum kollektiven Handeln diskutiert werden. Unsere erste Fallstudie analysiert einen Prozess, in dem Akteure zugunsten eines wahrgenommenen Kollektivinteresses von kurzfristig eigennützigem Handeln absehen – sie stellt einen klassischen Fall von Kollusion und Kartellbildung dar. Unsere zweite Studie präsentiert einen Fall gemeinsamen Handelns, in dem Akteure auf Basis eines wahrgenommenen Kollektivinteresses Organisationen, gemeinsame Projekte und Institutionen gestalten.

Fallstudie I: Fernziel „Soziales Europa“ – Tarifpolitische Mobilisierung in der erweiterten EU

Auf die Initiative der Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen der Europäischen Union hin entstand im Rahmen der Lissabon-Strategie die Idee zur Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt (2006/123/EG; kurz: Dienstleistungsrichtlinie). Auf diese Strategie hatten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union mit dem Ziel geeinigt, die EU bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu entwickeln. In der Konsequenz sollten 30 Prozent höhere Umsätze im Dienstleistungssektor 2,3 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen (Skarpelis-Sperk 2009).

Die Dienstleistungsrichtlinie hat europäische Gewerkschaften vor große Herausforderungen gestellt (Seeliger 2017). Neben freiem Waren- sowie Kapital- und Zahlungsverkehr und der Personenfreizügigkeit stellt die Dienstleistungsfreiheit in der EU ein Grundprinzip wirtschaftlicher Integration dar. Mit dem gesonderten Vorschlag zur Umsetzung dieses Prinzips versuchte die Europäische Kommission im Jahr 2004, den Nationalstaat als tarifpolitische Bezugseinheit infrage zu stellen: Als Bestandteil des von der Kommission unterbreiteten Richtlinienvorschlags sah das sogenannte Herkunftslandprinzip vor, bei Beschäftigungen im Ausland die Beschäftigungsstandards des Entsendelandes zum Maßstab zu nehmen. Für die Arbeitgeber werden Tarifsysteme so hintergebar, „ohne dass [sie] dabei auch das entsprechende Territorium verlassen [müssten]“ (Wagner und Lillie 2014, 4)

Als „cartels of sellers of labor“ (Streeck 2005, 263) stellen Gewerkschaften „(autonome) Verbände“ von Lohnabhängigen dar, „die sich zur Vertretung ihrer Interessen zusammengeschlossen haben“ (von Alemann 2012, 88). Unter Bedingungen einer knappen Anzahl an Arbeitsplätzen stehen Lohnabhängige in einer strukturell bedingten Konkurrenz zueinander. Die zentrale politische Aufgabe der Gewerkschaften liegt daher in der Organisierung aller abhängig Beschäftigten in einem spezifischen Segment des Arbeitsmarkts zum Zweck der Durchsetzung gemeinsamer Forderungen. In diesem Sinn stehen Lohnabhängige wie alle – legalen oder illegalen – Kartelle prinzipiell vor Problemen kollektiven Handelns und kollektiver Abstimmung.

In Anbetracht der Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 schuf das wirtschaftliche Gefälle in der Europäischen Union hinsichtlich Wohlstand, Lohnkosten und Arbeitsrecht gleichzeitig eine Anreizstruktur für Arbeiter aus den neuen Mitgliedsländern, westliche Standards im gemeinsamen Markt zu unterlaufen. Zum Zeitpunkt des Beitritts lagen die nationalen Lohnniveaus der neuen Länder zwischen einem Siebtel und einem Zehntel der Erwerbseinkommen der EU-15 (Dølvik und Visser 2009, 497). Weitere Disparitäten ergaben sich zu dieser Zeit mit Blick auf Regularien aus den Bereichen Arbeitsrecht und Beschäftigung.

Wie Höpner und Schäfer (2008, 32) vor diesem Hintergrund bemerken, hat der freie Zugang zu den Dienstleistungsmärkten der EU-Mitgliedstaaten „für Hochlohnökonomien andere Konsequenzen als für Länder mit vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus“. Angesichts der Lohndifferenziale und einer hohen Arbeitslosigkeit in den Arbeitsmärkten der osteuropäischen Länder ließe sich nun vermuten, dass die dortigen Beschäftigten die Öffnung westlicher Tarifsysteme für Beschäftigung aus Wirtschaftsräumen mit niedrigeren Standards als Wettbewerbsvorteil nutzen würden. Für die Entwicklung einer gemeinsamen Position der Gewerkschaften aus Ost und West finden sich in der Literatur vor allem interessenbasierte Erklärungen. Wie etwa Bernaciak (2010, 128) bemerkt, „unions were cautious when engaging in cross-border activities – they would analyse the benefits and costs resulting from transnational coordination as against alternative, national strategies“. Internationale Solidarität als Basis der Zusammenarbeit entsteht als Resultat eigeninteressierten Handelns: „Through transnational engagement, however,

each union caters in the first place to the interests of its own constituency“ (Bernaciak 2011, 39). Den Grundgedanken einer solchen Interpretation stellt die Überlegung dar, dass die Lohnniveaus in den neuen Mitgliedsländern sich nur dann denen Westeuropas angleichen würden, wenn diese nicht systematisch unterschritten würden. Eine Liberalisierung des EU-Dienstleistungsmarkts würde daher auf lange Sicht zulasten der polnischen Lohnabhängigen im eigenen Land gehen (siehe auch Gajewska 2009). Wie die folgende Rekonstruktion der innergewerkschaftlichen Abstimmung zeigt, reicht eine allein interessenbasierte Sichtweise zur Erklärung des Gewerkschaftshandelns nicht aus. Um zu verstehen, wie es schließlich zu dieser Position kam, gilt es vielmehr, die Aushandlung geteilter Erwartungen zu untersuchen.

Ein erster Vorschlag für die Richtlinie vonseiten des Generaldirektorats Binnenmarkt und Dienstleistungen erreichte die EU-Kommission Mitte Januar 2004. Das in Artikel 16 der Richtlinie des Vorschlags verfasste Herkunftslandprinzip, dem zufolge internationale Dienstleistungen unter Bedingungen des Entsendelandes (und nicht denen des Ausübungsorts) erbracht werden sollten, erregte hierbei den Widerstand politischer Akteure aus den Ländern mit hohen Tarif- und Sozialstandards.

Ein persönlicher Kontakt in die Kommission verschaffte einem Vertreter des schwedischen Verbands TCO kurz vor Weihnachten 2003 Zugang zu einem Manuskript des Vorschlags für die Richtlinie, dessen Konfliktpotenzial er schnell erkannte und über den er andere Akteure auf der europäischen Ebene informierte:

And then we had a lot of work during the winter and spring. Because we saw that if some unions, Eastern unions would say that this is a very good idea, we would be very weak. It was extremely important that ETUC could say, we have all our 60 members, and even the members from the Eastern Europe stand together.

Die Haltung des schwedischen Vertreters spiegelt sich auch in der Einschätzung seines Kollegen vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) wider, der zum Zeitpunkt der Auseinandersetzung eine allgemeine „fear from the hordes of Eastern Europe“ erkannte. Vor allem ein polnischer EGB-Sekretär, so berichtet ein Vertreter der EFBH, habe diese Position zum freien Dienstleistungsverkehr stark gemacht: „Der hat in internen Besprechungen gesagt, das ist ja gar kein Problem. Europa ist freier Verkehr von Kapital und Gütern und so weiter und das ist eine weitere Stufe. Also, wo ist das Problem?“

Wie Interviews mit ungarischen und polnischen Gewerkschaftsvertretern zeigten, überwog unter den osteuropäischen Gewerkschaften zum Zeitpunkt des Richtlinienvorschlags die Auffassung, man könne die Möglichkeit zur Unterschreitung westlicher Tarife als Wettbewerbsvorteil im Sinne der eigenen Mitglieder nutzen. Die Haltung der westlichen Vertreter in dieser Angelegenheit entsprach der Grundidee eines europäischen Sozialmodells, im Rahmen dessen wirtschaftliche Entwicklung auf Grundlage einheitlicher Standards gewährleistet werden sollte (Vaughan-Whitehead 2003).

Grundgedanke der Formulierung einheitlicher Standards in einem „Sozialen Europa“ ist hierbei die Verhinderung von Unterbietungskonkurrenz als Grundlage gleichmäßigen Wirtschaftswachstums. Indem Gewerkschaften im Maßstab eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts den Preis für Arbeit gleichmäßig beeinflussen, soll eine ausgeglichene Beteiligung am gesellschaftlichen Wohlstand innerhalb der EU in den einzelnen Mitgliedsländern gewährleistet werden. Auf welche Weise diese Position im Rahmen der Diskussion in praktische Überzeugungsarbeit überführt worden ist, beschreibt ein deutscher Mitarbeiter des EGB:

Jetzt bei der Dienstleistungsrichtlinie haben wir denen natürlich gesagt, dass es wichtig ist, dass die solidarisch sind. Aber jetzt nicht als moralischer Appell, sondern einerseits, um zu verhindern, dass wir da auseinanderdriften. Und andererseits uns nochmal mit denen zusammensetzen und die Lage nochmal zu besprechen. Und immer, wenn das sozusagen ans Eingemachte geht, um Tarifverträge, dann ist da Einigkeit. Je näher wir sozusagen an das Kerngeschäft kommen, desto eher ist es möglich, alle in einem Boot zu haben.

In diesen Strategien zeigt sich, dass die Zusammensetzung der Akteure, die aushandeln, wie europäische Arbeitnehmer zur Dienstleistungsfreiheit stehen, der Auseinandersetzung nicht vorgängig war. Dass „die europäische Arbeitnehmerschaft“ an einer Strategie für eine bessere gemeinsame Zukunft arbeitete, war ein kontingentes Ergebnis politischer Vermittlung und des Framings der Herausforderung. Ebenso gut möglich waren Konflikte zwischen nationalen Gewerkschaften. Ferner war diese Vermittlung durchsetzt von Machtstrukturen, wie in der Literatur zu den *politics of expectations* beschrieben. In Teilen ergab sich eine paternalistische Diskussionsdynamik, die deutlich wird, wenn der Repräsentant der EFBH den Umgang mit dem polnischen EGB-Vertreter beschreibt, der sich für eine Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts ausgesprochen hatte:

Und dann haben wir ihn sehr schwer unter Druck setzen müssen, um da zu sagen, hört mal, das ist ein Problem. [U]nd wir haben gezeigt, dass so eine Position, die der ... damals hatte, dass das einfach so nicht gehen würde und dass das nicht so einfach ist. Wir haben Freizügigkeit, das gehört dazu. Also kein Problem. Farewell und jeder wird glücklich.

Wie es die befragten Interviewpartner beschreiben, verfestigte sich in den folgenden Wochen eine gemeinsame Position in der Frage der Dienstleistungsfreiheit durch Diskussionen auf verschiedenen Ebenen. Mit der Unterstützung aller größeren Gewerkschaftsverbände aus dem osteuropäischen Raum gelang es so, unter der Federführung des EGB eine breit angelegte Kampagne ins Leben zu rufen. Nach intensivem Lobbying gegenüber den Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie verschiedenen Demonstrationen in Straßburg und Brüssel mit jeweils mehreren Zehntausend Teilnehmern (Kowalsky 2007, 147) gelang es schließlich, das Herkunftslandprinzip aus dem finalen Entwurf der Richtlinie zu entfernen, sodass nunmehr die arbeitsrechtliche Gleichstellung der aus einem EU-Land in ein anderes entsandten Beschäftigten mit den lokalen Lohnabhängigen gefordert wurde. Angesichts der weiter oben skizzierten Hindernisse internationaler Zusammenarbeit gelangt Arnold (2008, 20) zur bemerkens-

werten Charakterisierung der Kampagne als „Präzedenzfall gewerkschaftlicher Mobilisierung in Bezug auf ein europäisches Thema“.⁶

Doch wie kam es nun zu dieser gemeinsamen Position der Gewerkschaften? Wie ein Vertreter des polnischen Verbands OPZZ beschreibt, erscheint ihm die ursprüngliche Position der osteuropäischen Gewerkschaften in dieser Angelegenheit im Rückblick als nicht mehr überzeugend:

We cannot let the EU or the businessmen or capital destroy the well-working social models in western European countries. Or the idea of a European Social Model, as such. But we need to preserve it and make as much as we can in Poland and other European countries, to move our system close to those systems. Not to get them down to our system.

Das Interesse an einer internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Etablierung eines auf gleichen Standards basierenden „Sozialen Europa“ ergibt sich hier aus den in der Diskussion geweckten Zukunftserwartungen. Eine ähnliche Implikation lässt in der folgenden Äußerung eines befragten Vertreters der Solidarność erkennen, der der ehemals liberalisierungsbefürwortenden Position seiner Gewerkschaft gegenüber kritisch bemerkt:

But that's a very, very short perspective. It is destroying the European Social Model in the west countries. And we want that. It is not like we have some sort of social model which we export into the western countries. We have nothing.

Bemerkenswert an dieser Äußerung erscheint vor allem der letzte Satz des Vertreters. Denn während er einerseits anerkennt, dass seine westeuropäischen Kollegen mit der Aussicht auf ein europäisches Sozialmodell als Ausgangspunkt einer stärkeren Beteiligung der polnischen Arbeiter am gesellschaftlichen Wohlstand der EU überzeugende Argumente vorzubringen hätten, gesteht er gleichzeitig einen Mangel an entsprechenden Entwicklungskonzepten ein. Ganz in diesem Sinne beschreibt auch der polnische Vertreter des EGB das Modell eines „Sozialen Europa“ als „pretty much a western idea“ und setzt hinzu: „In fact, the whole integration process was like that. You have never had this kind of negotiation on equal footing. It was the matter of joining the block with some rules.“

Einen ähnlichen Zustand der Marginalität beschreibt auch ein Repräsentant der ungarischen MSZOSZ: „Wir sind dazugekommen. Das ist so, das ist normal. Da ist schon eine Familie und Du kommst von außen. Das ist ganz verständlich.“ Diese Darstellung wird auch von einem Vertreter der deutschen IG BAU als Antwort auf die Frage, ob die Kollegen aus den östlichen Beitrittsländern eigentlich souveräne Europäer seien, bestätigt: „Ne, sehe ich nicht so. Also, viele haben Europa als solches, EU, mit all seiner Widersprüchlichkeit und Brüchigkeit eigentlich noch gar nicht richtig begriffen.“

6 Einen „cross-issue and multi-level character“ attestieren der Kampagne della Porta und Caiani (2008, 83), weil es gelang, neben den Gewerkschaften auch unterschiedliche soziale Bewegungen mit Aktivisten aus zahlreichen europäischen Ländern zu integrieren.

Die Metapher der Familie als Sphäre nicht instrumenteller, sondern affektiv motivierter Kooperation legt wiederum eine Interpretation nahe, die sich jenseits interessenbasierter Erklärungen bewegt. Den osteuropäischen Kollegen, so vermitteln es die hier dargestellten Interviews, mangelte es im europäischen Diskussionszusammenhang an Anerkennung. Dass sie, zumindest der Auffassung des IG-BAU-Repräsentanten nach, noch nicht recht verstanden hätten, worum es gewerkschaftspolitisch im Rahmen der EU eigentlich geht, verstärkt diesen Eindruck weiter.

Fallstudie II: Zusammenarbeit und die Vision grünen Wachstums in der amerikanischen Energiepolitik

Die zweite Fallstudie, mit der wir unser Argument verdeutlichen, betrachtet Kooperation nicht zwischen unmittelbaren Konkurrenten, sondern zwischen im Konflikt stehenden gesellschaftlichen Gruppen. Wir rekonstruieren den Aufstieg der Energietechnologiepolitik seit der ersten Ölkrise 1973 in den USA und zeigen, wie auf Basis technologischer Zukunftsvisionen neue Koalitionen in der Energiepolitik entstehen konnten. Im Hinblick auf unsere theoretische Diskussion interessant an der frühen amerikanischen grünen Bewegung ist, dass sie ihre Identität in der Auseinandersetzung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen nachhaltig geändert hat. Inkrementell hat das imaginäre Fernziel grünen Wachstums auf Basis neuer Energietechnologien Einstellungen zu Industrie, Technologie und Politik gewandelt, was zu bis in die Gegenwart wirksamen Verschiebungen in den Positionen energiepolitischer Akteure geführt hat. Wir gehen in der historischen Rekonstruktion des Falles in zwei Schritten vor. Zuerst beschreiben wir die grundlegenden energiepolitischen Konfliktlinien nach der ersten Ölkrise, die sich um die Frage drehten, ob zwischen umwelt-, energie- und wirtschaftspolitischen Zielen fundamentale Widersprüche bestanden. Zweitens zeigen wir, wie die Hoffnung auf technologische Innovationen widerstreitenden Gruppen eine Basis zur Zusammenarbeit gegeben hat.

Die „Grenzen des Wachstums“ und das politische Scheitern des Konsumverzichts

Um nachzuvollziehen, wie unwahrscheinlich kollektives Handeln im amerikanischen Energiesektor der 1970er-Jahre war, beschreiben wir hier zuerst die politische Ausgangslage des Sektors nach der ersten Ölkrise. Umweltbewegung, Politik und Industrie fanden sich wiederholt in Konfliktlagen, durch die gemeinsames politisches Handeln zur Umstrukturierung des Energiesektors gehemmt wurde. Diskussionsdynamik und Framing der Problemlage führten eher zur politischen Zersplitterung relevanter Gruppen statt zur Zusammenarbeit.

Soziale Bewegungen in Reaktion auf menschengemachte Umweltgefahren in Industriegesellschaften gab es lange vor der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts (Radkau

2011, Kap. 2; Shabecoff 2003, 59–88; Uekötter 2014). Frühere Bewegungen haben allerdings nie den Grad an Stabilität und Effektivität erreicht, der die westlichen Umweltbewegungen seit den 1960er-Jahren auszeichnet. Der Verlauf der Politisierung von Energieversorgungssystemen ist für diesen Pfad charakteristisch. Trotz deutlich früherer episodischer Befürchtungen einer drohenden Erschöpfung von Energieressourcen, etwa Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in Großbritannien oder im frühen zwanzigsten Jahrhundert in Deutschland und verstreuter Kritik an Umweltverschmutzung und dem Infrastrukturausbau, sind Energieversorgungsstrukturen erst in den 1970er-Jahren Gegenstand breiterer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Zentral für diese Entwicklung war eine Art Verschmelzen holistischer Warnungen vor einer sich anbahnenden Erschöpfung des „Ökosystems Erde“ mit den spezifischen Erfahrungen der Energiekrise der 1970er-Jahre.

Ein besonderer Charakterzug neuerer Umweltbewegungen war ihr umfassender oder systemischer Blick auf Umweltprobleme. Ganz gleich wie verschieden ihre spezifischen Betätigungsfelder oder Protestanstöße waren, haben sich die Umweltbewegungen der 1960er- und 1970er-Jahre nicht bloß gegen die Bedrohung einzelner Arten, die Verschmutzung einzelner Landstriche oder den Bau einzelner Infrastrukturprojekte gewandt, sondern gegen die systematische Zerstörung des globalen Ökosystems. Als das *Time Magazine* dem Biologen Barry Commoner sein Titelbild widmete – einem durchaus moderaten Vertreter einer neuen Schar von Wissenschaftlern und naturwissenschaftlich argumentierenden Kommentatoren, die vor einem ökologischen Kollaps warnten –, erörtere es lang und breit die „emerging science of survival“ und fasste zusammen, dass „the whole environmental problem stems from a dedication to infinite growth on a finite planet. Pessimists argue that only a catastrophe can change that attitude – too late“ (Time Magazine 1970). Genau diese Überzeugung hilft zu verstehen, wie die neuere Umweltbewegung eine Art stabilisierenden Schwung erhalten konnte, obwohl sich ihr Protest zumeist an endlosen kleineren, spezifischeren und in der Sach- und Sozialdimension unverbundeneren Problemen entzündete. Ein Stück weit ging man gegen *ein* systematisches Problem von Industriegesellschaften vor. Das zentrale Motiv dieser Systemkritik war der Widerspruch zwischen „endlichen“ natürlichen Ressourcen und einer Gesellschaftsordnung, die auf Wachstum angewiesen zu sein schien.

Der Glaube an diesen systemischen Grundwiderspruch erklärt, weshalb die neuere Umweltbewegung sehr viel mehr Betonung auf die Notwendigkeit langfristiger und umfassender Planung legte als ihre Vorläufer. Die Umweltbewegung der 1970er-Jahre forderte kollektiv-planerische Maßnahmen, die aus heutiger Sicht beinahe absurd wirken. In der Variante des einflussreichen ersten Berichts des Club of Rome, *Limits to Growth*, folgerte man, dass nur „some sort of nongrowing state for human society“ die Vermeidung des ökologischen Kollapses aufgrund von Überbevölkerung, Nahrungsmittelknappheit, Ressourcenerschöpfung und Umweltverschmutzung möglich machen würde (Meadows et al. 1972, 170). Die recht drakonischen Maßnahmen, die der Club für nötig befand, bestanden aus einem globalen Regime der Geburtenkontrolle, das eine konstante Weltbevölkerung sicherstellen sollte, einer Reduktion des Ressourcen-

verbrauchs der globalen Industrieproduktion um ein Viertel bis 1975 und einer harten Grenze für das globale Investitionsvolumen, die die Investitionsrate auf der Abschreibungsrate des Kapitals deckeln müsse. Auch wenn die Politikempfehlungen der neueren Umweltbewegung keinesfalls einheitlich waren, basierte ein Großteil der Bewegung auf der Grunderwartung, dass Industriegesellschaften an einer Wasserscheide ihrer Entwicklung standen, dass transformativer gesellschaftlicher Wandel unausweichlich war.

Während die Umweltbewegung in den 1960er- und 1970er-Jahren pfadbrechende politische Siege davontrug – gute Beispiele in den USA sind die Felder Kernwaffentests, Pestizide, Reaktorsicherheit, Luft- und Wasserverschmutzung, Giftmüll und Artenschutz –, erinnert der Stil vieler dieser Durchbrüche eher an klassische regulatorische Politik als an transformativen Wandel. Der Gegenstand, der auch dauerhaft von Visionen radikalen Wandels geprägt wurde, war die Energieversorgung. Zum Teil hat dies mit dem *timing* prägender Ereignisse zu tun. Die Energiekrise der 1970er-Jahre sah für viele zeitgenössische Beobachter wie ein Auszug aus den Vorhersagen der „Grenzen des Wachstums“ aus. Die wiederholten Gas- und Ölempässe zu Beginn des Jahrzehnts und das arabische Ölembargo Ende 1973 unterstützten die Interpretation, dass die Zeit eine Zeit historischer Weichenstellungen sei. Insbesondere im amerikanischen Kongress, in der Wissenschaft, den Medien und in sozialen Bewegungen wurde die erste Ölkrise als Zeichen gesehen, dass die Ära des Überflusses vorbei war und eine Zeit zunehmend knapper Ressourcen begonnen hatte. Vor diesem Hintergrund muss die Energiepolitik der 1970er-Jahre verstanden werden – trotz fundamental unterschiedlicher Einschätzungen, *was* zu tun war, herrschte recht breiter Konsens, *dass* kollektiv gehandelt werden musste.

Die anfänglich populärste Strategie, die Energiekrise zu überwinden, lässt sich als Strategie des Konsumverzichts beschreiben. Sowohl Akteure der Umweltbewegung als auch konservative Kräfte forderten im Angesicht der Energiekrise forcierte Einsparmaßnahmen und Einschnitte beim Energiekonsum. Für viele Kräfte aus der Umweltbewegung waren Konsumeinschnitte die selbstverständliche Reaktion auf endliche Ressourcen. Barry Commoner etwa warnte nach der Ölkrise, dass das politisch ungehinderte Wachstum des Energieverbrauchs in ein ökonomisches Schreckensszenario führen würde, in dem „energy production could consume as much as 80 per cent of all available capital in 1985“ (New York Times 1974). Progressive Befürworter des Konsumverzichts wie Commoner empfahlen zumeist regulatorische Gegenmaßnahmen, wie man sie auch in anderen Feldern der Umweltpolitik finden konnte. Im einflussreichen Bericht der Ford Foundation, *A Time to Choose*, etwa wurden zahlreiche regulatorische Maßnahmen vorgeschlagen, um den Energieverbrauch vom Wirtschaftswachstum zu „entkoppeln“, unter anderem steuerbasierte Verteuerungen klassischer Energieträger und das Zurückschrauben von Subventionen im Energiesektor (Ford Foundation 1974).

Konservative politische Kräfte präferierten ebenfalls den Konsumverzicht. Während *Conservation* 1973 in der republikanischen Partei intern noch als „not the Republican ethic“ (Yergin 1991, 591) kritisiert wurde, zogen die nötigen Rationierungsmaßnahmen während der Ölkrise, die Angst vor viel weitreichenderem Staatsinterventionismus

und die politische Notwendigkeit, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, zunehmend weite konservative Kreise in die Befürwortung des Konsumverzichts. Selbst Ölkonzerne begannen zunehmend, (freiwillige) Einsparmaßnahmen zu unterstützen (Jacobs 2016, 46–47). In seiner wichtigsten Rede zur Ölkrise beschrieb Richard Nixon die Energiekrise als Symptom einer Art konsumistischer Anspruchsinflation – „in prosperity what were once considered luxuries are now considered necessities“ (Nixon 1973). Zentral für die konservative Unterstützung von Konservierungsmaßnahmen war, dass die Diagnose, man habe im Wohlstand das Maßhalten verlernt, weitgehend kompatibel mit Liberalisierungsmaßnahmen im Energiesektor war. Marktmechanismen, so die Idee, würden durch „lagegerechte“ Preissteigerungen Einsparungen und Substitutionsprozesse in Gang setzen und Angebot und Nachfrage „automatisch“ wieder in Einklang bringen.⁷ „The era of cheap, abundant oil is over“, diagnostizierte der Konservative Gerald Parsky während Jimmy Carters Präsidentschaft; „[we] should concentrate on enlisting market forces and the pricing system to solve our problem“ (zitiert in Jacobs 2016, 200). In dieselbe Richtung argumentierte der Direktor des Ölkonzerns Atlantic Richfield:

The fact is that people tend to waste what is cheap and plentiful, and to conserve what is dear. Because we thought petroleum and other fossil fuels were, for practical purposes, inexhaustible, we saw no reason to conserve them. We were, we see now, mistaken. The system is beginning to recognize this mistake by pricing these fuels in accordance with their economic scarcity. (Bradshaw 1975, 49)

Ideologisch trafen solche Forderungen von Austerität im Energiesektor auf regelmäßigen Widerstand klassisch progressiver Kräfte. Konsumverzicht lag über Kreuz mit dem Denken, das der Wirtschaftspolitik und den Wachstumsmodellen westlicher Nachkriegsgesellschaften unterlag (Bell 1978, 80; Kitschelt 1983, 312). In der Bundesrepublik etwa schimpfte Hans Matthöfer – Mitglied einer sozialdemokratischen Regierung, die für ihren Kurs in der Atompolitik unter heftiger Kritik der Umweltbewegung stand –, dass „fortschrittliche Schriftsteller ... sich auf einmal an der Seite von Konservativen und religiösen Schwärmern finden“ (zitiert in Abelshauer 2009, 342). In Erinnerung an die für ihn wesentliche politische Konfliktlinie befand er:

Ein Energie- und damit Wirtschaftsnullwachstum widerspricht eindeutig den Interessen der Arbeitnehmerschaft. Nach meiner Diskussionserfahrung wächst die Tendenz, Nullwachstum zu fordern, insbesondere bei denjenigen, die über ein gesichertes Einkommen von 5000 DM und mehr im Monat verfügen. (Matthöfer [1976] 1977, 84)

Folgenreicher als die ideelle Kritik am Konsumverzicht war, dass Konservierungsauforderungen in westlichen Ländern minimalen Einfluss auf den tatsächlichen Energiekonsum hatten. In den USA wurde ein Großteil der erhofften Maßnahmen politisch zerpfückt und herunterskaliert. Unter Bedingungen unzähliger industrieller Sonderinteressen, einem tiefsitzenden Sinn für ein „Recht“ auf günstige Energie in der amerikanischen Gesell-

7 Siehe zur zeitgenössischen Idee, dass Marktmechanismen verloren gegangene Selbstbeherrschung und Disziplin in der amerikanischen Gesellschaft wiederherstellen könnten: Krippner (2011).

schaft und der Angst vor weiteren inflationären Impulsen scheiterten die Regierungen Nixon, Ford und Carter daran, der Energiekrise auf der Konsumseite zu begegnen. Im Gegenteil: Unter allen drei Regierungen setzten sich Forderungen nach der Abfederung von Preiserhöhungen durch. Schon kurz nachdem die Liberalisierung des Ölhandels schließlich unter der Regierung Carter durchgesetzt wurde, fielen die Weltmärkte für Öl zurück in eine Überproduktionskrise (die sogenannte *Oil Glut*), sodass der „freie Markt“ für Öl alles andere als Konsumverzicht bewirkte.

Die frühen Reaktionen auf die erste Ölkrise zeigen, dass die diskutierten Ansätze gesellschaftlicher Reaktion gegen die Interessen signifikanter gesellschaftlicher Akteure verstießen, was zu Zersplitterung, gesellschaftlichen Konflikten und kollektiver Handlungsunfähigkeit führte. Wie oben in unserer Diskussion von Framing-Theorien besprochen, fehlte es im Energiesektor an vereinigenden symbolischen Strukturen. Wie wir im folgenden Abschnitt zeigen, spielte die kollektive Zukunftsvision grünen Wachstums in der Folge genau diese Rolle.

Neue Koalitionen um technologische Zukunftshoffnungen

Neben der Agitation um den Energieverbrauch haben alle westlichen Staaten in den 1970er-Jahren Maßnahmen verstärkt, die Angebotsseite des Energiesektors staatlich zu sichern. Beispiele sind die forcierte staatliche Unterstützung der Ressourcenexploration (etwa in der Nordsee und in Alaska) und die Erhöhung von staatlichen Forschungs- und Entwicklungsbudgets für die Energiebereitstellung. Während der Energiesektor historisch fast durchweg Feld staatlicher Betätigung war, setzten sich in den 1970er-Jahren Impulse durch, systematisch Staatskapazitäten auszubauen und nichtökonomische Motive in der Steuerung des Sektors zu berücksichtigen (Ikenberry 1988). Ein Großteil der neuen Angebotsmaßnahmen im Energiesektor bestand im kurzfristigen Zurückdrehen von Regulierungen. Die *Texas Railroad Commission* etwa gab 1971 nach vier Jahrzehnten der Preisregulierung ihre Funktion auf und die Energieengpässe wurden umgehend zum Anlass genommen, Umweltregulierungen im Bergbau, in der Kernkraft, in der Kohleverstromung und in der Ölförderung zu hinterfragen.

Gleichzeitig jedoch formte sich zu Beginn der 1970er-Jahre ein Geflecht aus Industrieinteressen, Wissenschaftlern, politischen Akteuren und Aktivisten, das sich gemeinsam für die Entwicklung neuer Energietechnologien einsetzte. Richard Nixon (1973) kündigte unmittelbar nach Bekanntwerden des OPEC-Embargos das institutionelle Fundament dieser Bewegung an: „In the spirit of Apollo, with the determination of the Manhattan Project“, verkündete er, dass man die amerikanische Energieversorgung bis in das Jahr 1980 „vollkommen unabhängig“ von ausländischen Energieimporten machen würde (die genaue Bedeutung von „unabhängig“ variierte über die Zeit). Die Regierung konsolidierte beinahe alle staatlichen Stellen zur Entwicklung neuer Energietechnologien in einer neuartigen Behörde, der Energy Research and Development Administration (ERDA), die 1978 im neu geschaffenen Department of Energy (DOE) auf-

ging. Die ERDA war zu Beginn mit einem Budget von 3.6 Milliarden US-Dollar und 7.200 direkten Mitarbeitern ausgestattet (die größtenteils aus den alten Nuklearprogrammen stammten; Kitschelt 1983). Sie diente während der 1970er-Jahre als institutionelle Grundlage für unzählige Entwicklungsnetzwerke für erneuerbare Energien. So gut wie jede gegenwärtig relevante erneuerbare Energietechnologie kann auf im Rahmen der ERDA organisierte Initiativen zurückgeführt werden.

Wichtiger noch lenkten ERDA-gestützte Initiativen viele der umweltpolitisch aktiven gesellschaftlichen Gruppen, deren Fundamentalkritik am Kapitalismus amerikanischer Prägung oben diskutiert wurde, in wirtschaftlich-technologische Aktivitäten. In der Sprache neopragmatischer Kooperationstheorien transformierten sie inkrementell die Mittel und Ziele, mit denen Akteure auf ihre Unbehagen reagieren konnten. Beispielsweise entluden sich seit 1974 zunehmend Forderungen der Umweltbewegungen nach einem Kurswechsel in vom Kongress durchgesetzten Sonderauflagen für die Forschungs- und Technologiepolitik. Mit separaten Gesetzen mit Titeln wie „Federal Nonnuclear Energy Research and Development Act“, „Solar Heating and Cooling Act“ und „Solar Energy Research, Development, and Demonstration Act“ verschob eine zeitgenössisch „Solar Coalition“ genannte Gruppe von Kongressabgeordneten Protest in die Technologieentwicklung. Ebenso setzte sie die Gründung eines Forschungsinstituts durch, das sich ausschließlich mit erneuerbaren Energien befassen sollte und dessen Direktor Denis Hays wurde – eine zentrale Figur der Umweltbewegung ohne wissenschaftliche Qualifikationen (dem Solar Energy Research Institute, SERI, seit Ende der 1980er-Jahre NREL).

Auch wenn viele der Kommerzialisierungsprojekte der ERDA im Bereich der erneuerbaren Energien langfristig angelegt waren – gewichtige Beiträge zur Energieversorgung der USA erwartete man oft erst Mitte der 1980er-Jahre oder in „the year 2000“ –, erfüllten die Programme eine wichtige unmittelbare Funktion, die deutlich wird, wenn man sie auf Basis der oben besprochenen *politics of expectations* versteht. Die erneuerbaren Energien gaben umweltpolitisch aktiven Gruppen eine Zukunftsvision, die nicht in der Fundamentalopposition endete, und halfen ihnen, mit „Sachzwängen“ begründete Weichenstellungen in der Energiepolitik anzugreifen (etwa die Rücknahme von Umweltauflagen für die Kohleverstromung und den Bergbau oder die Beschleunigung des Kernenergieausbaus). Erneuerbare Energien wurden als technologische Möglichkeit beworben, Konflikte zwischen Wachstumsimperativen, gesellschaftlichen Forderungen und Umweltrestriktionen „auszuhebeln“. Ein früher weichenstellender Bericht von NASA und National Science Foundation etwa pries die grünen Technologien als Heilmittel für fast alle drängenden gesellschaftlichen Probleme:

There are ... international benefits in making a viable solar technology available to the world as well as balance of payments and national security benefits in limiting our almost inevitable dependence on foreign energy sources ... One can indeed imagine designing „optimum size“ environmentally oriented communities which would meet most of [their] energy needs from direct solar energy and the solar derived fuels from the local waste treatment plant.
(NSF/NASA 1972, 8, 9, 57)

Die Förderung erneuerbarer Energien machte Koalitionen zwischen Umweltbewegung und Industrie möglich. Barry Commoner, der in den frühen 1970er-Jahren die grundlegende Kompatibilität zwischen Kapitalismus und der Vermeidung des ökologischen Kollapses hinterfragt hatte, warb gegen Ende des Jahrzehnts fast ausschließlich für den technologiepolitischen Ausweg aus der Energiekrise. Anstatt Konsumverzicht zu fordern, hoffte er darauf, dass das verarbeitende Gewerbe in den erneuerbaren Energien ein solch lukratives Betätigungsfeld finden würde, dass sich zunehmend Wirtschaftskräfte für eine ökologische Energieversorgung einsetzen würden (Commoner 1979, 73–82). Tatsächlich bildeten sich insbesondere unter der Regierung Jimmy Carters etliche Netzwerke aus namhaften Industrieunternehmen, Wissenschaftlern, staatlichen Stellen und Aktivisten heraus, die die Kommerzialisierung erneuerbarer Energien voranzutreiben versuchten. Die daraus resultierenden Initiativen, die zumeist aus einer Mischung von Angebots- und Nachfrageförderung, Nutzungsstudien und Netzwerkaktivitäten bestanden, waren der erste annähernd systematische Ansatz zur Kommerzialisierung erneuerbarer Energien. Auch wenn viele dieser Initiativen kommerziell scheiterten, setzten sie wichtige politische Koalitionsbeispiele. Mehr noch: Einmal entstanden, wurden Industrien für erneuerbare Energietechniken als mögliche „Zukunftsindustrien“ Gegenstand industriepolitischer Ambitionen. Bis in die Gegenwart ist die zukünftige Position heimischer erneuerbarer Energieindustrien ein wichtiges Argument für grüne Energiepolitik. Um nur einige Beispiele zu nennen, fußte die Legitimation der amerikanischen Solarprogramme der späten 1980er- und frühen 1990er-Jahre nicht wesentlich auf der Bekämpfung des Klimawandels oder der Energiesicherheit, sondern auf dem wahrgenommenen kompetitiven Verfall der US-Industrie im Vergleich zu europäischen und japanischen Herstellern (US Department of Energy 1987; 1996). Europäische Unterstützer der Industrie forderten staatliche Unterstützung für die Photovoltaik, weil es bei ihr um „one of the largest markets of the next century“ gehe, und beschworen, sie sei „the only semiconductor technology in which the EU has a world market-share of one third“ (Eurosolar 1994, 4; Scheer 1996, 188).

Seit der Entstehung aktiver Klimapolitik Mitte der 1980er-Jahre hat die Förderung erneuerbarer Energien einen zunehmenden Anteil umweltpolitischer Initiativen im Energiesektor gebunden. Insbesondere nach dem Scheitern der internationalen Diplomatie zur Begrenzung des Kohlenstoffausstoßes 1992 versprachen die erneuerbaren Energien einen politisch zukunftssträchtigen Weg. In den Worten Hermann Scheers, eines zentralen Urhebers deutscher Solarförderprogramme:

As industrial companies come to recognize and capitalize on their opportunities, new alliances will be formed: between electronics and glass, between the building materials and electrical industries and manufacturers of solar collectors and PV, between motor manufacturers and suppliers of chemical equipment. New groupings will form as old alliances dissolve; as the fossil industrial web unravels, so too will the power structures it sustains. (Scheer 2005, 279–80)

4 Schluss

Als prominentester Fall gelungener gewerkschaftlicher Zusammenarbeit im europäischen Maßstab zeigt das Beispiel der Dienstleistungsrichtlinie die Bedeutung fiktionaler Erwartungen in der Etablierung politischer Positionen. Unabhängig davon, ob ein Unterbietungswettbewerb tatsächlich verhindert, geschweige denn eine graduelle Steigerung der Reallöhne in allen Ländern der EU gewährleistet wird, orientierten die Gewerkschafter aus Ost- und Westeuropa ihre politischen Aktivitäten am Fernziel der Etablierung eines europäischen Sozialmodells. Unterbietungswettbewerb wurde verhindert durch die Vorstellung eines „Sozialen Europa“ in der Zukunft. In ähnlicher Weise machten in den frühen 1970er-Jahren Erwartungen zum politisch und ökonomisch transformativen Potenzial erneuerbarer Energien neue Koalitionen im Energiesektor möglich. Erwartungen an die Wirkungen erneuerbarer Energien zogen Teile der Umweltbewegung in staatliche und industrielle Logiken, Staaten in unternehmerische und aktivistische Logiken und Unternehmen in den Bereich kollektiver Problemlösung und den Umweltschutz. Anders als in unserer ersten Fallstudie zur internationalen Gewerkschaftskooperation ging es dementsprechend nicht bloß um eine Art abgestimmtes Unterlassen, wie es charakteristisch für kartellartige Formen der Kooperation ist, sondern um den abgestimmten Wandel von Problemlösungsaktivitäten der beteiligten Akteure.

Unter Verweis auf ausgearbeitete Theoriebausteine haben wir argumentiert, dass die Soziologie sich nicht damit begnügen muss, Kooperation nur dann erklären zu können, wenn kollektives Handeln durch bereits bestehende soziale Strukturen ermöglicht wird oder den rationalen Kalkülen eigeninteressierter Akteure entspringt. Die systematische Analyse der sozialen Konstruktion von Erwartungen stellt eine fruchtbare Alternative zu ökonomischen Theorien der Kooperation dar, insoweit sie erstens verständlich macht, wie Kooperationsstrukturen sich ohne vorausgehenden Wandel in strukturellen oder materiellen Randbedingungen ändern können, und zweitens für eine Klasse von Konflikten um Erwartungen offen ist, die in Modellen rationaler Erwartungen nicht existieren sollte. Abschließend wollen wir hier auf zwei unterentwickelte Aspekte unseres Arguments aufmerksam machen.

Genau wie ökonomische und institutionalistische Theorien kollektiven Handelns haben wir uns in unserer Beschreibung auf die Bedingungen der Stabilität von Kooperation beschränkt und die Instabilität von Kooperation damit als eine Art spiegelbildlich mitgedachtes Problem behandelt. Wie kürzlich von Schrank und Whitford argumentiert, gehört der Zusammenbruch von Kooperationsbeziehungen zu den chronisch untertheoretisierten Gegenständen in den Sozialwissenschaften (Schrank und Whitford 2011). Im Hinblick auf die Rolle von Erwartungen in Prozessen kollektiven Handelns wäre insbesondere danach zu fragen, wie die Ergebnisse kollektiven Handelns auf Erwartungen zurückwirken, wie sich Erfolge oder Rückschläge auf die Kooperationsmoral beteiligter Akteure auswirken und wie sich die Bindungskraft von Erwartungen generell über die Zeit verändert (für Denkanstöße in diese Richtung: Ergen 2015; Mizruchi 2013).

Ebenfalls in Übereinstimmung mit ökonomischen und institutionalistischen Theorien der Kooperation sind wir davon ausgegangen, dass überlappende, koordinierte Erwartungen und Handlungsziele der Kooperation zuträglich sind, während Fragmentierung sie gefährdet. Dies ist nicht selbstverständlich. In vielen Fällen könnte gerade die Fähigkeit, Akteuren die Beibehaltung *unterschiedlicher* Erwartungen zu ermöglichen, dazu führen, dass Konflikte unterdrückt und kollektives Handeln stabilisiert wird. Die Vertagung eines *truth tests* der jeweiligen Zukunftserwartungen – etwa ob die Beschränkung von Lohnkonkurrenz wirklich zu besseren Lebensbedingungen für osteuropäische Gewerkschaftsmitglieder geführt hat – könnte in diesem Sinn essentiell für die Stabilität von Kooperationsstrukturen sein. Der offensichtliche Konflikt zwischen den Aussagen, dass Kooperation auf geteilten oder unterschiedlichen Erwartungen beruht, erfordert weitere systematische Aufmerksamkeit – insbesondere im Hinblick auf die Annahmen von Framing-Theorien.

Anschließend an Deweys ([1934] 2004) Ausführungen zur Imaginationsfähigkeit lässt sich schließlich fragen, inwiefern die jeweils situativ erlebten Hintergrundgefühle der beteiligten Akteure die Abwägung möglicher Verhaltensweisen vorstrukturieren. Wie die Situation der osteuropäischen Gewerkschafter im ersten Fall zeigt, trafen sie ihre Wahl aus einer Position der Schwäche gegenüber ihren westeuropäischen Kollegen. Bedeutet dies also, dass verhältnismäßig schwache Akteure leichter zu überzeugen sind, andere Interessen zu übernehmen, als verhältnismäßig starke Akteure? Fragen dieser Art könnten Gegenstand weiterer empirischer Forschung über die soziale Konstruktion der Zukunft darstellen.

Literatur

- Abelshauer, Werner. 2009. *Nach dem Wirtschaftswunder: Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer*. Bonn: Dietz.
- Ansell, Chris. 1997. „Symbolic Networks: The Realignment of the French Working Class, 1887–1894“. *American Journal of Sociology* 103 (2): 359–90.
- Arnold, Lisa Maria. 2008. *Die Entstehung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie im Spannungsfeld organisierter Interessen: Eine Fallstudie zum Einfluss von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden im Europäischen Parlament*. Berlin: Hertie School of Governance.
- Axelrod, Robert, und William D. Hamilton. 1981. „The Evolution of Cooperation“. *Science* 211 (27): 1390–96.
- Beckert, Jens. 2016. *Imagined Futures: Fictional Expectations and Capitalist Dynamics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Bell, Daniel. 1978. *The Cultural Contradictions of Capitalism*. New York: Basic Books.
- Bendix, Reinhard. (1964) 1996. *Nation-Building and Citizenship: Studies of Our Changing Social Order*. New Brunswick: Transaction.
- Bernaciak, Magdalena. 2010. „Cross-Border Competition and Trade Union Responses in the Enlarged EU: Evidence from the Automotive Industry in Germany and Poland“. *European Journal of Industrial Relations* 16 (2): 119–35.

- Bernaciak, Magdalena. 2011. „East-West European Labour Transnationalism(s)“. In *Global Restructuring, Labour and the Challenges for Transnational Solidarity*, hrsg. von Andreas Bieler und Ingemar Lindberg, 33–47. London: Routledge.
- Bourdieu, Pierre. (1979) 2009. *Entwurf einer Theorie der Praxis: Auf der ethnologischen Grundlage der kabyliischen Gesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bradshaw, Thornton F. 1975. „Are We Running out of Energy and Capital? A Business Response to Barry Commoner.“ *Business and Society Review*, Summer 1975: 46–49.
- Coleman, James S. 1990. *Foundations of Social Theory*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Commoner, Barry. 1979. „The Solar Transition I“. *New Yorker*, 23. April: 53–98.
- della Porta, Donatella, und Manuela Caiani. 2008. *Social Movements and Europeanization*. Oxford: Oxford University Press.
- Dewey, John. (1934) 2004. *Ein allgemeiner Glaube*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- DiMaggio, Paul J., und Walter W. Powell. 1983. „The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields“. *American Sociological Review* 48 (2): 147–60.
- Dølvik, Jon Erik, und Jelle Visser. 2009. Free Movement, Equal Treatment and Workers' Rights: Can the European Union Solve its Trilemma of Fundamental Principles? *Industrial Relations Journal* 40 (6): 491–509.
- Durkheim, Émile. (1896) 1992. *Über soziale Arbeitsteilung: Studie über die Organisation höherer Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Emirbayer, Mustafa, und Ann Mische. 1998. „What Is Agency?“. *American Journal of Sociology* 103 (4): 962–1023.
- Ergen, Timur. 2015. *Große Hoffnungen und brüchige Koalitionen: Industrie, Politik und die schwierige Durchsetzung der Photovoltaik*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Esser, Hartmut. 2018. „Sanktionen, Reziprozität und die symbolische Konstruktion einer Kooperations-, Gemeinschaft““. *Zeitschrift für Soziologie* 47 (1): 8–28.
- Eurosolar. 1994. „100.000-Dächerprogramm für die Europäische Union“. *Solarzeitalter* 1: 4–5.
- Fligstein, Neil. 1990. *The Transformation of Corporate Control*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Fligstein, Neil. 2001. „Social Skill and the Theory of Fields“. *Sociological Theory* 19 (2): 105–25.
- Fligstein, Neil, und Douglas McAdam. 2012. *A Theory of Fields*. Oxford: Oxford University Press.
- Ford Foundation. 1974. *A Time to Choose: America's Energy Future*. Cambridge: Ballinger.
- Gajewska, Katarzyna. 2009. *Transnational Labour Solidarity: Mechanisms of Commitment to Cooperation within the European Trade Union Movement*. London: Routledge.
- Gambetta, Diego. 1988. „Can We Trust Trust?“. In *Trust: Making and Breaking Cooperative Relations*, hrsg. von Diego Gambetta, 213–38. Oxford: Blackwell.
- Gramsci, Antonio. (1975) 2012. *Gefängnishefte. Band 7, Hefte 12 bis 15*. Hamburg: Argument.
- Hall, Peter A., und David Soskice. 2001. „An Introduction to Varieties of Capitalism“. In *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, hrsg. von Peter A. Hall und David Soskice, 1–68. Oxford: Oxford University Press.
- Herrigel, Gary. 2005. „Institutionalists at the Limits of Institutionalism: A Constructivist Critique of Two Edited Volumes from Wolfgang Streeck and Kozo Yamamura“. *Socio-Economic Review* 3 (3): 559–67.
- Hirschman, Albert O. (1977) 1997. *The Passions and the Interests: Political Arguments for Capitalism before Its Triumph*. Princeton: Princeton University Press.
- Höpner, Martin, und Armin Schäfer. 2008. „Grundzüge einer politökonomischen Perspektive auf die europäische Integration“. In *Die Politische Ökonomie der europäischen Integration*, hrsg. von Martin Höpner und Armin Schäfer, 11–48. Frankfurt a.M.: Campus.
- Ikenberry, G. John. 1988. *Reasons of State: Oil Politics and the Capacities of American Government*. Ithaca: Cornell University Press.
- Ikenberry, G. John. 1994. „History's Heavy Hand: Institutions and the Politics of the State“. Konferenzpapier. New Perspectives on Institutions, University of Maryland, Oktober.

- Jacobs, Meg. 2016. *Panic at the Pump: The Energy Crisis and the Transformation of American Politics in the 1970s*. New York: Hill and Wang.
- Joas, Hans. 1989. *Praktische Intersubjektivität: Die Entwicklung des Werkes von George Herbert Mead*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Joas, Hans. 1996. *Die Kreativität des Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Johnston, Hank, und John A. Noakes. 2005. *Frames of Protest*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Kitschelt, Herbert P. 1983. *Politik und Energie: Energie-Technologienpolitiken in den USA, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Schweden*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kowalsky, Wolfgang. 2007. „Outcome of the Battle on the Service Directive“. *Transfer* 13 (1): 147–49.
- Kreps, David M., Paul Milgrom, John Roberts und Robert Wilson. 1982. „Rational Cooperation in the Finitely Repeated Prisoners' Dilemma“. *Journal of Economic Theory* 27 (2): 245–52.
- Krippner, Greta. 2011. *Capitalizing on Crisis: The Political Origins of the Rise of Finance*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Matthöfer, Hans. (1976) 1977. *Interviews und Gespräche zur Kernenergie*. Heidelberg: C.F. Müller.
- Meadows, Donella H., Meadows Dennis L., Jørgen Randers und Behrens William W. 1972. *The Limits to Growth: A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind*. New York: Universe Books.
- Mizruchi, Mark S. 2013. *The Fracturing of the American Corporate Elite*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Moore, Barrington. (1966) 1993. *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. Boston: Beacon Press.
- New York Times. 1974. „As the West Sinks Slowly into the Sun“. 20. November, 1974: L43.
- Nixon, Richard M. 1973. *Address to the Nation about Policies to Deal with the Energy Shortages*. Washington, DC.
- NSF/NASA. 1972. *An Assessment of Solar Energy as a National Energy Resource*. Washington, DC: NSF/NASA Solar Energy Panel.
- Parsons, Talcott. 1968. „Social Interaction“. In *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Bd. 6, hrsg. von David L. Sills, 429–40. New York: Free Press.
- Piaget, Jean. 1955. *The Construction of Reality in the Child*. New York: Basic Books.
- Pierson, Paul. 2004. *Politics in Time: History, Institutions, and Social Analysis*. Princeton: Princeton University Press.
- Piore, Michael J., und Charles F. Sabel. 1984. *The Second Industrial Divide: Possibilities for Prosperity*. New York: Basic Books.
- Radkau, Joachim. 2011. *Die Ära der Ökologie: Eine Weltgeschichte*. München: Beck.
- Raub, Werner. 1990. „Reputation and Efficiency in Social Interactions: An Example of Network Effects“. *American Journal of Sociology* 93 (3): 626–54.
- Sabel, Charles F. 1996. „Ungoverned Production: An American View of the Novel Universalism of Japanese Production Methods and Their Awkward Fit with Current Forms of Corporate Governance“. Konferenzpapier. Konferenz „Socio-Economic Systems of the Twenty-first Century“, Tokio, 16. Februar.
- Scheer, Hermann. 1996. „Mit Solarenergie zu einer ökologisch-industriellen Revolution“. *Gewerkschaftliche Monatshefte* 96 (3): 177–89.
- Scheer, Hermann. 2005. *The Solar Economy: Renewable Energy for a Sustainable Global Future*. London: Earthscan.
- Schrank, Andrew, und Josh Whitford. 2011. „The Anatomy of Network Failure“. *Sociological Theory* 29 (3): 151–77.
- Schütz, Alfred. (1932) 1960. *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt: Eine Einleitung in die verstehende Soziologie*. Wien: Springer.
- Seeliger, Martin. 2017. *Die soziale Konstruktion organisierter Interessen: Gewerkschaftliche Positionsbildung auf europäischer Ebene*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Serafin, Marcin. 2018. *Powerful Fictions: The Future Taxi and the Struggle over Market Regulation*. Warsaw: Polish Academy of Sciences.

- Sewell, William H. 1985. „Ideologies and Social Revolutions“. *Journal of Modern History* 57 (1): 57–85.
- Shabecoff, Philip. 2003. *A Fierce Green Fire: The American Environmental Movement*. Washington, DC: Island Press.
- Skarpelis-Sperk, Sigrid. 2009. „Was tun? Die EU-Dienstleistungsrichtlinie und gesellschaftliche Gegenwehr“. In *„Europa sind wir“: Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa*, hrsg. von Dieter Scholz et al., 54–69. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Skocpol, Theda. 1979. *States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia, and China*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Snow, David A., E. Burke Rochford, Steven K. Worden und Robert D. Benford. 1986. „Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation“. *American Sociological Review* 51 (4): 464–81.
- Spencer, Herbert. (1882) 2003. *The Principles of Sociology. In Three Volumes*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.
- Streeck, Wolfgang. 1988. *Status und Kontrakt als Grundkategorien einer Theorie der industriellen Beziehungen*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin.
- Streeck, Wolfgang. 2005. „The Sociology of Labor Markets and Trade Unions“. In *The Handbook of Economic Sociology*, hrsg. von Neil J. Smelser und Richard Swedberg, 254–83. Princeton: Princeton University Press.
- Tilly, Charles. 1998. „Contentious Conversation“. *Social Research* 65 (3): 491–510.
- Time Magazine. 1970. „Ecologist Barry Commoner: The Emerging Science of Survival“. 2. Februar.
- Touraine, Alain. 1985. „An Introduction to the Study of Social Movements“. *Social Research* 52 (4): 749–87.
- Uekötter, Frank. 2014. *The Greenest Nation? A New History of German Environmentalism*. Cambridge, MA: MIT Press.
- US Department of Energy. 1987. *Five Year Research Plan 1987–1991*. Washington, DC: Photovoltaic Energy Technology Division, Office of Solar Electric Technologies.
- US Department of Energy. 1996. *U.S. Department of Energy (DOE) Assessment of the Photovoltaic (PV) Industry’s Needs, Priorities, and Views Regarding the DOE Photovoltaic Program: A Summary of Feedback from Visits to 22 PV Companies*. Washington, DC: US Department of Energy.
- Uzzi, Brian. 1997. „Social Structure and Competition in Interfirm Networks: The Paradox of Embeddedness“. *Administrative Science Quarterly* 42 (1): 35–67.
- van Lente, Harro, und Arie Rip. 1998. „The Rise of Membrane Technology: From Rhetorics to Social Reality“. *Social Studies of Science* 28 (2): 221–54.
- Vaughan-Whitehead, Daniel. 2003. *EU Enlargement versus Social Europe?* Cheltenham: Edward Elgar.
- von Alemann, Ulrich. 2012. *Organisierte Interessen in der Bundesrepublik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Wagner, Ines, und Nathan Lillie. 2014. „European Integration and the Disembedding of Labor Market Regulation: Transnational Labor Relations at the European Central Bank Construction Site“. *Journal of Common Market Studies* 52 (2): 403–19.
- Whitford, Josh. 2002. „Pragmatism and the Untenable Dualism of Means and Ends: Why Rational Choice Theory Does Not Deserve Paradigmatic Privilege“. *Theory and Society* 31 (3): 325–63.
- Whitford, Josh, und Francesco Zirpoli. 2016. „The Network Firm as a Political Coalition“. *Organization Studies* 37 (9): 1227–48.
- Williamson, Oliver E. 1981. „The Economics of Organization: The Transaction Cost Approach“. *American Journal of Sociology* 87 (3): 548–77.
- Yergin, Daniel. 1991. *The Prize: The Epic Quest for Oil, Money, and Power*. New York: Simon & Schuster.
- Zucker, Lynne G. 1986. „Production of Trust: Institutional Sources of Economic Structure, 1840–1920“. In *Research in Organizational Behavior, Vol. 8*, hrsg. von Barry M. Staw und Larry L. Cummings, 53–111. Greenwich: JAI.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 18/7
F. W. Scharpf
There Is an Alternative:
A Two-Tier European Currency
Community

DP 18/6
S. Kohl
**A Small History of the
Homeownership Ideal**

DP 18/5
L. Elsässer, S. Hense, and
A. Schäfer
**Government of the People, by
the Elite, for the Rich: Unequal
Responsiveness in an Unlikely
Case**

DP 18/4
M. Lutter, K. L. A. Roex,
and D. Tisch
**Anomie or Imitation? The
Werther Effect of Celebrity
Suicides on Suicide Rates**

DP 18/3
D. Di Carlo
**Does Pattern Bargaining
Explain Wage Restraint in
the German Public Sector?**

DP 18/2
D. Kinderman, M. Lutter
**Explaining the Growth of
CSR within OECD Countries:**
The Role of Institutional
Legitimacy in Resolving
the Institutional Mirror vs.
Substitute Debate

DP 18/1
F. W. Scharpf
**International Monetary
Regimes and the German
Model**

DP 17/21
B. Braun, M. Hübner
Fiscal Fault, Financial Fix?
Capital Markets Union and
the Quest for Macroeconomic
Stabilization in the Euro Area

DP 17/20
F. Fastenrath, A. Orban,
C. Trampusch
**From Economic Gains to Social
Losses: How Stories Shape
Expectations in the Case of
German Municipal Finance**

DP 17/19
L. Baccaro, C. Howell
**Unhinged: Industrial Relations
Liberalization and Capitalist
Instability**

DP 17/18
T. Ergen, S. Kohl
**Varieties of Economization in
Competition Policy: A Compa-
rative Analysis of German and
American Antitrust Doctrines,
1960–2000**

DP 17/17
J. Beckert
Woher kommen Erwartungen?
Die soziale Strukturierung
imaginiertes Zukünfte

DP 17/16
F. Reale
**Liberalization, Hysteresis, and
Labor Relations in Western
European Commercial Aviation**

DP 17/15
F. W. Scharpf
**Vom asymmetrischen Euro-
Regime in die Transferunion
– und was die deutsche Politik
dagegen tun könnte**

MPIfG Books

L. Baccaro, C. Howell
**Trajectories of Neoliberal
Transformation: European
Industrial Relations since
the 1970s**
Cambridge University Press,
2017

J. Beckert, R. Bronk
**Uncertain Futures: Imaginaries,
Narratives, and Calculation in
the Economy**
Oxford University Press, 2018

J. Beckert
**Imaginierte Zukunft: Fiktionale
Erwartungen und die Dynamik
des Kapitalismus**
Suhrkamp, 2018

H. Callaghan
**Contestants, Profiteers,
and the Political Dynamics
of Marketization: How
Shareholders Gained Control
Rights in Britain, Germany,
and France**
Oxford University Press, 2018

A. Hepp, S. K. Schmidt (Hg.)
**Auf der Suche nach der
Problemlösungsfähigkeit
der Politik: Fritz W. Scharpf
im Gespräch**
Campus, 2017

A. T. Hering
Kinder – oder nicht?
Geburten in Deutschland im
Spannungsfeld unsicherer
Partnerschaften und prekärer
Beschäftigung
Campus, 2018

L. Kastner
**Civil Society and Financial
Regulation: Consumer Finance
Protection and Taxation after
the Financial Crisis**
Routledge, 2018

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers
Order printed copies from the MPIfG (you will
be billed) or download PDF files from the MPIfG
website (free).

MPIfG Books
At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpfG.de
Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-
to-date information about MPIfG publications and
publications by MPIfG researchers. To sign up for
newsletters and mailings, please go to *Service* on the
MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we
will be happy to send you our Recent Publications
brochure.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historische, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

